

esc medien kunst labor



Opening Speech

Marina Grzinic (Ljubljana, Vienna)

**A street talk: To act in support of those who
struggle for a life with dignity requires bravery
and responsibility**

Opening Speech:

Marina Grzinic (Ljubljana, Wien)

Eine Straßenrede: Es bedarf Mut und Verantwortung, diejenigen zu unterstützen, die für ein würdevolles Leben kämpfen.

Eröffnung des *esc medien kunst labor* in Graz am 12. September 2013
Veröffentlicht unter der GNU Free Documentation License

Gleich zu Beginn: es ist wichtig festzustellen, dass der Ortswechsel, die Neupositionierung der Räumlichkeiten des *esc medien kunst labor*, als genauer Reisebericht gelesen werden muss, in dem die Art der Arbeit, das Engagement und das Programm bewußte Entscheidungen repräsentieren, in die sich auch die zu bewältigenden Hindernisse als immanenter Bestandteil einschreiben.

Das *esc medien kunst labor* ist im Zentrum (von Graz) angekommen, ABER es ist nicht de-zentriert.

In all diesen Jahren hat das *esc medien kunst labor* trotz aller Widerstände eine sehr konsistente, kompakte Arbeit in der Weiterentwicklung und Vertiefung seines Grundkonzepts gezeigt.

Was macht dieses Konzept aus? Was beinhaltet dieser Prozess der Wiederaneignung, der Neuausarbeitung, der Neuverhandlung, des Wiederaufbaus der eigenen Position? Es ist eine präzise Politik der Intervention, und das heißt, eine Vision der Kunst, die sozial transformierend in konkreten sozialen und kulturellen Räumen interveniert. Dies ist in Anbetracht der vielen wichtigen internationalen sowie auch intranationalen Programmen, die in all den Jahren von *esc medien kunst labor* ausgegangen sind, nicht nur auf Graz bezogen zu sehen, sondern in einem viel breiterem Kontext. *esc* interveniert ohne Spekulationen; ganz im Gegenteil besitzt *esc* eine starke Geschichte der Umsetzungen, das lebendige Einschreiben der eigenen Position in die Stadt Graz.

Die Zeit aber, die Jetzt-Zeit, in der das *esc medien kunst labor* sich Richtung Zentrum bewegt (was wiederum Fragen aufwirft; was das Zentrum nun ist, und was die Peripherie) ist auch eine Zeit der Auflösung, des Zerfalls. Die ehemaligen (wie sie sich selbst gerne bezeichnen), daher wiederhole ich, die „ehemaligen“ West-Europäischen Staaten (die als die ersten kapitalistischen Staaten gelten, ebenso als direkte und indirekte Kolonialstaaten und anti-semitische Staaten), die ihre Vorstellungen eines

Sozialstaats nach dem Zweiten Weltkrieg anderen Staaten aufgedrängt haben, erhöhen nun den Druck auf ihre eigenen Staatsbürger_innen, sie drängen sie in immer größere Schulden, in eine Misere, in das Prekariat, und in die Normalisierung von Kontrollinstanzen. Die öffentlichen Gelder dieser Sozialstaaten werden gekürzt und für die Öffentlichkeit unzugänglich gemacht durch mehr oder weniger offensichtliche Formen der Privatisierung. Das ist abhängig davon, von welchem Ort aus wir sprechen, in welchem Nationalstaat der Europäischen Union wir leben.

Deswegen ist es notwendig, eine Politik der sozialen Transformation, des Austausches und der Zusammenarbeit zu praktizieren und freie Kommunikation in der Kunst und in verschiedenen kulturellen Kontexten einzufordern. Dies steht im Mittelpunkt des **esc medien kunst labor**.

Die Grenzen (im Plural) schränken uns dabei alle ein. Staatsbürger_innen, die an den Rand gedrängt werden, „genießen“ noch gewisse Vorteile, zum Beispiel jenen des Wahlrechts oder (noch) nicht abgeschoben zu werden, etc. Meine Frage in diesem Fall ist aber, was passiert, wenn wir nach dem Resultat dieser Prozesse des queering der Gesellschaft Prozess verlangen? Ich verwende den Ausdruck queer, weil wir uns mit und durch **esc medien kunst labor** mit Konzepten des Cyberfeminismus auseinandergesetzt haben, wie zB. Donna Haraway „Concept of Situated Knowledge“, Das „Konzept verorteten Wissens“.

Die StaatsbürgerInnenschaft zu „queeren“ bedeutet, dass wir uns nach der Qualität unserer StaatsbürgerInnenschaft fragen müssen, wenn wir von Mit-Staatsbürger_innen zweiter Klasse umgeben sind; ein riesiges Territorium migrantischer Arbeitskraft, das jahrzehntelang in der EU anwesend ist und wesentlich zu unserem guten Leben beigetragen hat, aber immer mehr an den Rand gedrängt, diskriminiert oder unsichtbar gemacht wird, etc.

Das Queering einer Gesellschaft radikaler zu betreiben, bedeutet auch zu fragen, was mit den Menschen passiert, die absolut keine „RECHTE“ auf eine EU Staatsbürgerschaft haben. Mit dieser Radikalisierung will ich die Situation des maximalen Exzesses vorschlagen.

Wenn ich den Begriff „Situation des maximalen Exzesses“ verwende, meine ich nicht nur den Zerfall des Sozialen oder des Politischen oder nicht einmal den wirtschaftlichen Zerfall (der Finanzierung des Kapitals, das nie aufgehört hat Menschen als „Humankapital“ zu benutzen) nach 2008. Ich will damit sagen, dass wir – wenn auch in Schwierigkeiten und unter Druck der Festung Europa - immerhin Staatsbürger_innen sind. Solange jemand Staatsbürger_in eines EU-Staates sein muss, um als Teil der europäischen Nation zu gelten, gibt es Menschen, die diese Privilegien nicht besitzen und daher in eine Position der Nicht-Staatsbürger_in gedrängt werden Das bedeutet dann Flüchtling oder Asylwerber_in zu sein oder illegalisiert zu werden, ohne Rechte, weggesperrt oder in einer Position gefangen, in der diese Person zwar nicht stirbt, aber genauso wenig lebt, in einem Leben ohne jegliche Würde.

In dem Buch *Moments of Excess: Movements, Protest and Everyday Life* (Pm Press, UK 2011) des Free Association Kollektiv steht: „Heutzutage geben wir uns nicht mehr mit dem symbolischen Protest zufrieden – was schon fast als militantes Lobbying gesehen

werden kann. Unsere Bewegung tendiert zu einer viel grundlegenden Sichtweise. Menschen sind dabei zu begreifen, was sie wollen, wofür sie stehen, nicht nur wogegen sie sind. Nicht nur das, Menschen beginnen sich dafür einzusetzen: Praxis, nicht nur Theorie.“ Diese Praxis wird damit sehr konkret: Ich will daher über die Flüchtlingskrise hier und heute sprechen.

Im November 2012 begann der Flüchtlingsprotest in Österreich. Im Zentrum dieses Protests befand sich das Refugee Protest Camp Wien, das mit einem 10-Stunden-Marsch von ca. 100 Flüchtlingen und Unterstützer_innen begann. Am 24. November 2012 starteten sie vom Flüchtlingslager Traiskirchen (ca. 20 km außerhalb von Wien); der Protestmarsch resultierte im Aufbau des Refugee Protest Camps in der Wiener Innenstadt, das diverse Zelte, eine Küche und eine Reihe an Aktivitäten im Sigmund Freud Park vor der Votivkirche im Zentrum Wiens umfasste.

Die Forderungen der Flüchtlinge umfassten bessere Lebensbedingungen, angefangen von besserem Essen bis hin zum Recht auf ein Sozialleben: das Recht zu bleiben und das Recht zu arbeiten. Zu lange schon sind Flüchtlinge in einer Situation der systematischen Verlassenheit gefangen. Ihre Lebensbedingungen innerhalb der EU haben sich zunehmend verschlechtert. Sie sind Opfer eines rassistischen Diskriminierungsprozesses, der das Konzept und den Status der Menschenrechte schwinden lässt und entpolitisiert.

Das Refugee Protest Camp wurde am 28. Dezember 2012 von der Polizei geräumt. Nachdem mit dem Personal der Votivkirche verhandelt wurde, war es den Flüchtlingen möglich, in der Kirche selbst unterzukommen. Da es zu diesem Zeitpunkt kein Entgegenkommen seitens des Staates gab, trat eine Gruppe der Flüchtlinge in den Hungerstreik. Am 22. Jänner 2013 unterbrachen die Flüchtlinge ihren Hungerstreik für 10 Tage, um sich zu erholen und die Kernpunkte noch einmal durchzudenken.

Am darauffolgenden Tag, am 23. Jänner 2013, wurde eine Pressekonferenz gehalten, in der verlautbart wurde, dass der Kampf und der Hungerstreik weitergehen wird, bis ihre Forderungen erfüllt werden.

Im März 2013 zogen die Flüchtlinge aus der Votivkirche in das ehemalige Servitenkloster in Wien. Dies war ein neuer Schritt in den Verhandlungen mit der Erzdiözese, um den Flüchtlingen einen sichereren Platz zu bieten, und ein weiterer Versuch, den Dialog mit der österreichischen Regierung wieder zu eröffnen.

In einer Pressekonferenz am 4. März 2013 verkündeten die Flüchtlinge, dass ihr neues Zuhause kein kleines „Traiskirchen“ (ein Flüchtlingslager mit der Funktion, die Flüchtlinge von der Gesellschaft zu isolieren) sein soll, sondern ein weiterer Schritt in Richtung Lösung ihrer Probleme.

Im August 2013 wurden 8 Aktivisten der Wiener Flüchtlingsproteste nach Pakistan abgeschoben und 12 weitere Personen waren in Gefahr, sehr bald abgeschoben zu werden. Die österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner verteidigte die Abschiebungen damit, dass nicht alle Regionen von Pakistan gefährlich seien und dass insbesondere die Regionen, in die diese Menschen abgeschoben wurden, sicher seien. Einige Journalist_innen haben nachrecherchiert: Einige der Regionen, in die die

Aktivisten abgeschoben wurden, gelten als die gefährlichsten in Pakistan.

Kurz gesagt, die Situation ist furchtbar. Aber sie ist nicht aus der Luft gegriffen. Wir haben konkrete Fakten, alles wurde dokumentiert. Diese lebensgefährliche Situation für die Flüchtlinge verlangt handfeste Aktionen gegen diese repressive Politik sowie Solidarität mit dieser selbstorganisierten Bewegung in Städten, im Staat, in der EU und auf der ganzen Welt. Daher ist jegliche unterstützende Aktion ein klares Zeichen dafür, dass sowohl die eigene Position als auch die Forderung nach einem gemeinsamen Leben in Würde verstanden werden.

Die Handlungen der Flüchtlinge zeigen auf, dass es nicht zwei verschiedene Arten von Menschen gibt, Staatsbürger_innen und Nicht-Staatsbürger_innen. Entweder sind wir alle Staatsbürger_innen oder wir sind alle Nicht-Staatsbürger_innen! Zu dieser Schlussfolgerung kommt auch Mohammad Numan in einer Rede. Er ist selbst Flüchtling und Aktivist im Refugee Camp Wien. Er appellierte an die österreichische Öffentlichkeit: „Sie sind alle Staatsbürger_innen, die unsere Forderungen unterstützen. Warum fordern Sie nicht selbst von Ihren politischen Repräsentanten – die Sie als Staatsbürger_innen gewählt haben – diese unerträgliche Situation zu ändern?!“ Die Antwort war Stille.

Die Flüchtlinge verlangten nicht nach „ein paar“ Rechten, die ihnen Zugang und Partizipation zum politischen und sozialen Leben erlauben würden. Sie sind keine Gefangenen einer veralteten modernistischen Idee von Politik, warten nicht auf ihren Platz in der politischen Arena, ein Platz, der nur für jene reserviert ist, von denen im Vorhinein schon klar ist, dass sie Teil der politischen Landschaft sind – beispielsweise Staatsbürger_innen von Nationalstaaten, die ein „gutes“ Leben führen (das in Zeiten der Krise genauso in die Brüche geht).

Ganz im Gegenteil: die Aktionen der Flüchtlinge kamen überraschend und haben damit eine Möglichkeit geschaffen, eine grundlegende Änderung der Gesetze der EU Staaten zu fordern. Zusätzlich haben ihre Aktionen NGOs und solidarisierende Aktivist_innen regelrecht dazu gezwungen, sich und ihre eigenen Ziele neu zu organisieren.

Die Forderungen der Flüchtlinge stellen eine Reihe an Fragen und werfen Probleme auf, die nicht nur die biopolitischen Regime der „ehemaligen“ West-Europäischen Staaten der EU betreffen, sondern das gesamte westliche Konzept der Menschenrechte, so wie sie nach dem zweiten Weltkrieg festgelegt wurden. Bis zu dem Fall der Berliner Mauer 1989 wurden Menschenrechte und Asylrechte größtenteils dazu verwendet, den Unterschied zwischen Ost- und Westeuropa zu unterstreichen. Der Osten wurde als gänzlich totalitär dargestellt, während der Westen ein Ort der Demokratie und Respekt vor den Menschenrechten war. Menschenrechte sind schon immer von demokratischen kapitalistischen Regimen des Westens dazu verwendet worden, jegliche Diskussionen über die faschistoide Realität in Westeuropa nach dem zweiten Weltkrieg abzuwehren.

Das Konzept der (allgemeinen) Menschenrechte begann sich nach dem Fall der Berliner Mauer deutlich aufzulösen. Das Aufkommen des globalen Kapitalismus 1989 brachte eine Verschlechterung der Flüchtlings- und Asylpolitik in Europa. Es wird immer wieder gesagt, dass Restriktionen in der Beschäftigungspolitik innerhalb der EU dazu da sind, Staatsbürger_innen der EU – insbesondere von Westeuropa – vor einer

Verschlechterung ihres Lebensstandards zu beschützen. Wir sind uns aber sehr im Klarem darüber, dass Löhne seit einem Jahrzehnt stagnieren. Proteste in den öffentlichen Räumen der europäischen Demokratien werden des öfteren von Polizeikräften und dem Militär unterdrückt (legitimiert werden diese durch Gesetze aus der Kolonialzeit, wie es in Frankreich der Fall war). In dem Text *French Suburbia 2005: The Return of the Political Unrecognized* schreibt Rada Iveković: „Als die französische Regierung 2005 ein Gesetz zum Ausnahmezustand reaktivierte, welches während dem Krieg in Algerien in 1955 in Kraft getreten war, wurde der französischen Öffentlichkeit klar, dass die Gesetzgebung der Kolonialzeit nie abgeschafft wurde.“ (Rada Iveković, „French Suburbia 2005,“ in *New Feminism: Worlds of Feminism, Queer and networking Conditions*, ed. M. Gržinić und R. Reitsamer, Wien: Löcker, 2008.)

In der biopolitischen Realität des Westens werden Staatsbürger_innen sehr strikt durch Klasse, Geschlecht und Ethnie differenziert – Differenzierungen, Diskriminierungen und Ausbeutung, die sich global immer stärker vermehren. Dies ist keine Frage von „Vielfalt“, wie es der Öffentlichkeit immer wieder präsentiert wird. Im Gegenteil, das ehemalige Proletariat wurde zum Prekariat und sieht sich selbst als „die Verdammten dieser Erde“. Eine Perspektive auf die Welt, wie sie von den Kolonialiserten ausgeht, wie sie während der anti-kolonialen Kämpfe im Algerien der 1960er von Frantz Fanon in seinem berühmtesten Werk formuliert wurde, zeigt, dass die biopolitische Realität in der EU ständig durch Nekropolitik reproduziert wird.

Achille Mbembe schreibt im Bezug auf die Enteignung des eigenen Lebens in Afrika: „Globaler Kapitalismus kann sich nie weiterverbreiten ohne das, was wir massive rassistische Unterstützung und Vergünstigung nennen sollten.“ Mbembe zeigt, dass „[Kapitalismus] sich durch ein breites Spektrum an verschiedenen Ethnien arbeiten muss, um Menschen entweder als nutzlos oder als Müll zu markieren. Er muss produzieren, ordnen, segmentieren, und den Überfluss oder die Überflüssigen einer Population rassifizieren, um einen strategischen Effekt zu erreichen.“ (Achille Mbembe, „Theory from the Antipodes: Notes on Jean & John Comaroffs’ TFS,“ in *Theorizing the Contemporary* (2012).)

Die Liste der Opfer des Kapitalismus ist in sich zweigeteilt. Einige Opfer haben einen höheren Status, während andere unwichtig sind. Struktureller Rassismus gehört zum Kern der Logik des globalen Kapitalismus; er ist Teil der internen administrativen Struktur, seines Rechtsapparats, aller wirtschaftlichen Vorgehensweisen, welche wiederum den finanziellen Kapitalismus sowie auch alle Systeme der Repräsentation, Theorie und Diskursivität regulieren. Rassismus ist nicht nur eine Politik der eigenen Identität, sondern ein Element innerhalb der Agenda der Umwandlung des Nationalstaats im globalen Kapitalismus. Es ist daher möglich, von EU-Staaten als „auf dem Konzept von Rasse basierenden Staaten“ zu sprechen, wie anhand der Flüchtlings- und Asylpolitik deutlich sichtbar wird.

Was tun? Aigul Hakimova, eine Aktivistin des Kultur- und Sozialzentrums Rog in Ljubljana sagt: „Wir müssen das Thema Migration wieder aufmachen, wir müssen mobilisieren, wir müssen an alternativen Ökonomien arbeiten, an alternativen Genossenschaften. In Wirklichkeit müssen wir Allianzen aufbauen; wir müssen viel

reisen, viel lernen, Teil einer Bewegung werden, nicht im Sinne einer politischen Partei oder einer syndikalistischen Gewerkschaft, sondern einer einfachen sozialen Bewegung, die von unten kommt. Einige Länder haben diesbezüglich eine sehr lange Tradition. Wir müssen experimentieren, ein wenig über Grenzen gehen, Limits überschreiten. Angesichts der derzeitigen Geschehnisse ist die Zukunft der EU offen. Durch Aufstände, Kämpfe werden Menschen bessere Formulierungen für ihre Rechte finden. Sonst werden wir Babylon, wie es von manchen gerne bezeichnet wird, da Menschen immer an die Rändern gedrängt bleiben werden. Und wir werden Zeug_innen der zyklische Reproduktion einer kapitalistischen Elite sein, aber ohne diese Schnittstelle.“

Ja, es ist wahr. Gemeinsam unterstützend mit jenen zu handeln, die für ein Leben in Würde kämpfen, benötigt Mut und Verantwortung und ein klares politisches Konzept.

Und was macht globaler Kapitalismus heute? Er transformiert die Koordinaten von Zeit, Raum und dem Subjekt auf radikalste Art und Weise. Jonathan Crary schreibt in seinem Buch *24/7: Late Capitalism and the Ends of Sleep*, was sich in diesem Fall nicht auf 9/11, sondern auf das Prinzip 24/7 bezieht, also: 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche alles verfügbar zu haben, egal ob dies ein Supermarkt oder Nachbarschaftsladen ist oder eben Altenpflege von Migrant_innen oder billigen, papierlosen Bediensteten, bis hin zum vor dem Bildschirm Sitzen derer, die das „magische Fenster“ der Telefone, Computer und iPads besitzen. Crary beschreibt, dass alle diese Dinge uns in eine ständige Alarmbereitschaft versetzen, einen Zustand der „deaktivierten und verfallenen Diachronie“, die uns daran hindert, uns mit Wichtigem zu beschäftigen. (Jonathan Crary, *24/7 Late Capitalism and the Ends of Sleep*, Verso, 2013). Um davon auszubrechen, was ich als „Gefängnis der künstlichen Zeit“ bezeichne und das sich immer nur selbst produziert, schlägt Crary vor, sich „Zeit für sich selbst zu nehmen“, ich aber sage „nimm dir nicht Zeit für Dich selbst, schaff Dir Zeit für (das) Andere!“ Das heißt, wie Beatriz Preciado argumentiert, das kritische Erwachen des „feministischen Proletariats“, deren ungeheuerlichen Subjekte meistens Prostituierte, Lesben, Vergewaltigte, butch, männliche, transgender Frauen sind, die nicht weiß sind ... also fast alle.

Kurz gesagt, die Frage nach der Zeit definiert die Begriffe sozialer und politischer Verantwortung dafür, Rahmenbedingungen für verschiedene Formate von Kunst und Aktivitäten zu schaffen. Die Möglichkeit, Zeit und Ressourcen neu zu überdenken, ist eines der Themen, das bei *esc medien kunst labor* im Fokus steht, um immer wieder darüber nachzudenken, was in Bezug auf Kunst, Gemeinschaft und Arbeit getan werden kann, und wie es erreicht werden soll.

Übersetzung: Christopher Hütmannsberger, Melanie Chung